

Linke Politik unverzichtbar

Die mehr als 50 Abgeordneten und Bürgermeister sowie berufene Bürger leisten eine fleißige Arbeit

In den verschiedenen Parlamenten im Kreis Ostprignitz-Ruppin ist DIE LINKE mit 43 gewählten Abgeordneten mit insgesamt 56 Mandaten vertreten. Mit umfangreicher Arbeit setzen sie sich für ihre Bürger, die sie gewählt haben, für ihre Städte, Gemeinden und Ortsteile ein. Während unsere Kreistagsfraktion mit 8 Abgeordneten in den Tagungen des Gremiums und in allen Ausschüssen des Kreistages eine positive, belebende Rolle spielt und sich für viele Probleme des Kreises engagiert, haben die gewählten linken Vertreter in den 6 Stadtverordnetenversammlungen und in 13 Gemeindevertretungen bzw. Ortsbeiräten der Ämter und Dörfer einschl. der Ortsteile mit den vielfältigen Aufgaben, die hier die Bürger bewegen, zu tun. Oft ist es außerordentlich viel Kleinarbeit, die viele Stunden an Freizeit kostet und wo meist niemand danach fragt, wie das eigentlich alles geschafft werden kann - und geschafft wird.

Im Bundestagswahlkreis 56 engagiert sich unsere Abgeordnete Dr. Kirsten Tackmann, über deren außerordentlich umfangreiche, mit unzähligen und unterschiedlichen Fragen konfrontierte Tätigkeit wir regelmäßig berichten. Genannt seien nicht zuletzt die berufenen Bürger, die in den Ausschüssen für DIE LINKE mitarbeiten. Die Abgeordnetentätigkeit unserer Linken ist auch in unserem Kreis eine äußerst wichtige Basis unserer Partei und nicht mehr wegzudenken.

Wir befragten in diesen Tagen einige unserer gewählten Volksvertreter, womit sie sich gegenwärtig beschäftigen, was sie 2016 unbedingt noch erledigen wollen oder was ihnen besonders am Herzen liegt (aus Platzgründen kann es natürlich nur um eine kleine Auswahl gehen).

Dieter Groß, Kreistagsabgeordneter und Stadtverordneter in Kyritz:

Ende 2016 steht für uns in Kyritz die Halbzeitbilanz mit Abrechnung zu den Zielen und Vorhaben unseres Wahlprogramms 2014 an.

- Umsetzung des Bürgerentscheids 2015 zum Klostergarten,
- die Integration von Flüchtlingen weiter voranbringen und das vertrauensvolle Gespräch mit den Bürgern zu ihren wirklichen Problemen vertiefen.

DIE LINKE. im Parlament

Ronny Kretschmer, Stadtverordneter in Neuruppin:

- Einsatz für die Aufstockung des Kulturetats während der Haushaltsberatungen,
- Gespräch mit dem neuen INKOM-Geschäftsführer - Erörterung von Möglichkeiten zur Erschließung neuer Wohngebäude, um Kleingärten zu erhalten.

Ilona Reinhardt, Kreistagsabgeordnete und Stadtverordnete in Neuruppin:

- Einsatz für
- die Erhaltung der Gartengrundstücke der 28 Pächter an der Eisenbahnstraße,
 - die erneute Diskussion des Themas Zwangsanschluss der Kleingärten an die Müllentsorgung (Kreistag).

Dieter Sarnow, Gemeindevertreter in Fehrbellin und Ortsvorsteher in Protzen:

- Unterstützung der Jugendarbeit in den Ortsteilen und Fehrbellin, weitere enge Zusammenarbeit mit der Jugendbetreuerin der BBL,
- Leistung meines Beitrages zur Entschärfung und Verbesserung der Kita- und Hortsituation in der Gemeinde durch Einflussnahme (mit anderen Abgeordneten) auf die Verwaltung zur Erstellung eines langfristigen Konzepts und für rechtzeitige Gespräche mit den Eltern

- und deren ehrliche Information,
- weitere Unterstützung des Wohnverbundes für Flüchtlinge in Lentzke,
 - als Ortsvorsteher in Protzen möchte ich in Zusammenarbeit mit den Vereinen erstmalig am 4.12.16 einen »kleinen Weihnachtsmarkt« vor dem Gutshaus veranstalten.

Kirsten Tackmann, Bundestags- und Kreistagsabgeordnete:

- weiterer Kampf an der Seite der ortsansässigen, nachhaltig wirtschaftenden Landwirtschaftsbetriebe für faire Erzeugerpreise, die Sicherung ihres Bodens sowie mehr Unterstützung beim Weideterschutz,
- Vorbereitung einer Kleinen Anfrage zur zunehmenden Belastung unserer Region durch militärische Überflüge,
- Ich stehe bei den monatlichen Sprechstunden auf den Marktplätzen weiter Rede und Antwort zu allen Fragen der aktuellen Politik und werbe dafür, nicht Arme gegen noch Ärmere auszuspielen und Menschen und Natur mit Respekt zu behandeln.

Sylvia Zienecke, Kreistagsabgeordnete, Gemeindevertreterin in Heiligengrabe und im Ortsbeirat Maulbeerwalde:

- Einsatz im Jugendhilfeausschuss für eine soziale und angemessene Ausgestaltung des Bedarfsplans Kindertagesbetreuung und des Jugendförderplans 2017.

Kerstin Zillmann, Stadtverordnete in Wittstock:

- Unterstützung der Vorbereitungen zur Landesgartenschau 2019,
- Einsatz für
- die Aufstellung eines Geldautomaten (Sparkasse) im neuen Rewe-Markt,
 - die Kastrationspflicht-Satzung für freilaufende Katzen.
- Aktivierung der ehrenamtl. Arbeit mit Flüchtlingen, besonders mit den minderjährigen Unbegleiteten im B3-Center.

Zwischenruf

Von Achim Müller

Ein Vorgeschmack auf TTIP

Der schwedische Energiekonzern Vattenfall klagt vor einem Schiedsgericht der USA gegen die Bundesrepublik Deutschland. Vattenfall verlangt fast fünf Milliarden Euro Schadenersatz von Deutschland wegen seinem 2011 beschlossenen Atomausstieg.

Vattenfall behauptet, man habe in gutem Glauben, dass Atomkraftwerke in Deutschland weiter betrieben werden können, viel Geld in die Modernisierung der Atomkraftwerke gesteckt. Dafür, dass nach dem Unglück in Japan auf Beschluss der Bundesregierung diese stillgelegt werden müssen, will der Konzern von Deutschland Geld zurück haben. Da Vattenfall ein ausländi-

scher Energiekonzern ist, kann er, anders als die deutschen Konzerne, die nur vor dem Bundesverfassungsgericht klagen können, Deutschland vor dem »Internationalen Schiedsgericht für Investitionsstreitigkeiten (ICSID)« in der US-Hauptstadt verklagen.

Während Vattenfall bei einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht wahrscheinlich scheitern würde, sieht es bei dem Verfahren vor dem ICSID anders aus. Hier könnte es durchaus passieren, dass Deutschland Milliarden Euro an Vattenfall zurückzahlen muss. Schiedsgerichte sollen bei Rechtsstreitigkeiten laut TTIP den ausländischen Konzernen helfen, außerhalb der nationalen Rechtssysteme, deren Interessen durchzusetzen.

Was da auf uns Bürger noch alles zukommen kann, ist überhaupt nicht absehbar. Auch deshalb sind wir gegen TTIP!

Wir trauern um

Uwe Witt

Nach kurzer schwerer Krankheit ist er am 18. Oktober 2016 im Alter von 54 Jahren verstorben. Wir haben einen Genossen verloren, der uns für sein soziales Engagement immer Vorbild war.

»Der Tod ist kein Unglück für den, der stirbt, sondern für den, der überlebt.« Dieser Satz von Karl Marx klingt sehr hart, aber nach dem kurzen, schweren Leiden von Uwe leider sehr wirklichkeitsnah. Unser aller Wünsche und Hoffnungen für eine Genesung unseres Genossen haben sich leider nicht erfüllt. Er hat den Kampf gegen seine Krankheit verloren. Und dabei hatte er sich noch sehr viel vorgenommen, politisch und privat.

Seine politischen Aktivitäten begannen bei der Kommunalwahl 1990 zur Stadtverordnetenversammlung Rheinsberg. Seit 1993 Abgeordneter, vertrat er auch hier konsequent unsere politischen Ideale. Die mit großem sozialen Engagement getragene Verantwortung haben ihm in der ganzen Region Ansehen erwirkt. So setzte er sich für den Bestand der Tafel in Rheinsberg ein, bemühte sich um den Erhalt der Kleiderkammer, kämpfte mit den Jugendlichen um den Pavillon an der Heinrich-Rau-Schule, war als Trainer für die Kinder im Wasserwanderklub Rheinsberg aktiv.

Als der Antrag zur Bildung eines Seniorenbeirates durch die SVV abgelehnt wurde, übernahm Uwe als »Nichtsenior« die Aufgabe des Seniorenbeauftragten. Im letzten Jahr war es vor allem sein wiederholter Einsatz für die Flüchtlinge in der Region. Ehrenamtlich unterstützte er ebenfalls die Aufgaben des Heimatvereins Rheinsberger Seenkette. »Sein Engagement wird der Stadt fehlen«, schrieb die MAZ; und im Ruppiner Anzeiger war zu lesen »Er war streitbar, aber in der politischen Debatte fair.«

Selbstverständlich haben ihm auch seine langjährigen Kampfgefährten aus Stadt und Kreis die letzte Ehre erwiesen, begleitet von einer großen Menschengruppe aus Vertretern aller im Stadtparlament Rheinsberg vertretenen Parteien, Mitarbeitern der Verwaltung, der verschiedenen sozialen, sportlichen und kulturellen Einrichtungen.

Er war uns und allen in der Partei ein wertvoller Genosse, ein ehrlicher und aufrichtiger Mitstreiter. Es fällt schwer, sich damit abzufinden, dass er nicht mehr unter uns ist. In tiefer Dankbarkeit haben wir Abschied genommen. Alle, die ihn kannten, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Kreisvorstand DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin

Regionalverband DIE LINKE. Rheinsberg-Lindow

Kommentar

So treibt man die Wähler in die Arme der AfD

Immer wieder äußern sich Bürger dahingehend, ob unsere Landesregierung überhaupt noch weiß, was die Menschen bewegt bzw. was sie wollen. Sie sind deshalb von unseren Landespolitikern enttäuscht, weil sie ja die gute Arbeit unserer GenossInnen vor Ort kennen. Nicht nur, dass im Zuge der angestrebten Kreisgebietsreform die Bürger nicht »mitgenommen« werden, wird kritisiert. Große Verwunderung erregte, dass ein linker Finanzminister mit »Zuckerbrot und Peitsche« die Kreise zu einer freiwilligen Fusion animieren will. Ob solche Finanzversprechen überhaupt eingehalten werden können, wenn der Landtag dazu noch keine Zustimmung erteilt hat, wird oft gefragt.

Auch die Frage, ob wir LINKEN nichts von unseren GenossInnen in den anderen Bundesländern, die viele negative Erfahrungen mit einer Kreisgebietsreform gemacht haben, lernen, muss man unbeantwortet lassen.

Ein weiterer »Höhepunkt«, wie mit den Bürgerinteressen umgegangen wird, ist die Entscheidung des Infrastrukturministeriums, den Neuruppiner Kreisel millionenteuer umbauen zu lassen (geplante Kosten - erst 1,2 Millionen, jetzt 1,5 Millionen Euro). Die Bürger fragen, was hat das noch mit Demokratie zu tun, wenn wir uns an den Petitionsausschuss des Landtages gewandt haben, aber die Landesregierung dessen Einschätzung gar nicht abwartet. Wenn dann noch der Vorsitzende des Petitionsausschusses sagt, dass viele Fragen offen geblieben sind, es »von offizieller Stelle zum Beispiel keine Kostenschätzung... wie teuer eine bloße Deckensanierung in jetziger Größe wäre« vorliegt, kann man wohl davon ausgehen, dass die Landesregierung wieder einmal »Nägel mit Köpfen« gemacht hat, ehe die demokratischen Gremien handeln konnten. Dass durch solche Handlungsweisen Wähler in die Hände der anderen Parteien, auch der AfD, getrieben werden, ist absehbar; dazu muss man wohl kein Hellseher sein.

Wenn sich hier nicht bald etwas ändert, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn wir bei der nächsten Landtagswahl abgestraft werden. Da kann man noch so viel mit Koalitionsvereinbarung etc. argumentieren. Die Leute sagen: »Ich habe DIE LINKE und keine Koalition gewählt, deshalb ist für mich die konkrete Politik der LINKEN entscheidend!«

Achim Müller

Praktikumsplätze dringend gesucht

Weitere Anstrengungen zur Integration notwendig

Der Königsteiner Schlüssel sorgt für ausgewogene Verteilung im Land: Statistisch kommen in OPR 2,24 asylwerbende Personen auf 1.000 Einwohner und Einwohnerinnen; bundesweit lag der Durchschnitt 2014 bei 2,5 : 1.000. Mit Kerstin Weiß, Referentin für Flüchtlingsintegration im Landkreis OPR, sprach unser Redaktionsmitglied Jürgen Schubert.

Frau Weiß, wie ist der aktuelle Stand der in OPR aufgenommenen Flüchtlinge?

Kerstin Weiß: Im Jahr 2015 hat der Landkreis etwa 1.300 Flüchtlinge aufgenommen. Bis 27.9.2016 wurden dem Landkreis 415 Personen, die zur Asylantragstellung eingereist sind, zugewiesen. Verlässliche Prognosen bis zum Jahresende sind nicht möglich, es ist aber davon auszugehen, dass aufgrund der durch Deutschland und die EU eingeleiteten Maßnahmen insgesamt bedeutend weniger Flüchtlinge das Land erreichen werden.

Mit Stand 6.10.2016 lebten 3.677 ausländische Personen aus 110 Staaten (einschließlich anderer EU-Staaten) in OPR, davon kamen 1.713 mit Asylantragstellung hierher. Die größte Gruppe der Ausländer und Ausländerinnen kommt laut Amt für Statistik aus Polen, an zweiter Stelle liegt Syrien, an sechster Afghanistan und die Türkei auf Platz 8. Die Hauptherkunftsländer der im Asyl-

verfahren aufgenommenen Personen in diesem Jahr sind Syrien (52%), Afghanistan (25%) und die Russische Föderation (20%, hauptsächlich Tschetschenen).

Betrachten wir die Altersstruktur aller ausländischen Personen, dann kommen genau die zu uns, die unsere demografische Entwicklung benötigt: 895 sind minderjährig, 482 junge Erwachsene bis 25 Jahre, 2.210 sind im erwerbsfähigen Alter bis 65 Jahre und nur 90 älter als 65 Jahre. Im Landkreis erfolgen seit August 2016 zunehmend Rechtskreiswechsel, sodass sich per 6.10.2016 in OPR 1.073 Personen nach Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) aufhalten. 434 Personen wurden 2016 als Flüchtlinge anerkannt und haben den Wechsel vom AsylbLG in das SGB II (Grundsicherung) vollzogen, erhalten also ALG 2.

Frau Weiß, wie geht die Integration voran, wer hat überhaupt Chancen und welche Unterstützung ist möglich?

Kerstin Weiß: Große Chancen, in Deutschland bleiben zu dürfen, haben Flüchtlinge aus Syrien, Eritrea, Somalia, dem Iran und Irak. Alle anderen müssen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit eine Ablehnung befürchten. Hauptproblem bei der Integration ist weiterhin die Sprache. Während das bei Kindern und Jugendlichen noch relativ schnell über Kita- und Schulbesuch gelöst werden kann, ist es



bei den Erwachsenen problematischer, da der Bund bevorzugt Flüchtlingen aus diesen 5 Ländern berufsbezogene Deutschkurse und Integrationskurse (über das Jobcenter) anbietet.

Die Sprachkurse des BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) werden im Landkreis exklusiv von der Akademie Seehof angeboten - zurzeit laufen vier Kurse mit 65 Teilnehmern. Diese dauern sechs Monate, davon vier Wochen Praktikum, und da liegt ein großes Problem. Es werden zu wenige Praktikumsplätze durch die Betriebe, Einrichtungen und Unternehmen angeboten. Aber genau dort lassen sich am schnellsten Berührungspunkte abbauen und Sprachbarrieren überwinden; außerdem ist erst mit dem Praktikum der Deutschkurs abgeschlossen.

Über das Jobcenter laufen sechs Sprach- und Integrationskurse mit 137 Teilnehmenden, an der Kreisvolkshochschule gibt es sieben laufende Sprach- und Alphabetisierungskurse mit 83 Teilnehmenden. Nicht zu vergessen natürlich

Fortsetzung Seite 4

Kalenderblatt

Die Landung der »Granma« vor 60 Jahren

Der Oberbefehlshaber der kubanischen Streitkräfte, Oberst Batista, stürzte im März 1952 den besonders wegen Korruptionsvorwürfen unpopulär gewordenen Präsidenten Prio durch einen Militärputsch. Er löste den Kongress auf und setzte wichtige Rechtsgarantien der Verfassung außer Kraft. Die Unzufriedenheit im Volk wuchs immer mehr. Der repressive Charakter des Regimes nahm zu.

Zu dieser Zeit reichte der junge (und noch relativ unbekannt) Rechtsanwalt Fidel Castro Anklage gegen Batista wegen Verfassungsbruchs vor dem Obersten Gerichtshof ein, die aber zurückgewiesen wurde. Daraufhin verfasste Castro mit anderen Batista-Gegnern unter Berufung auf

das in der Verfassung verankerte Widerstandsrecht einen Plan zum gewaltsamen Sturz des Regimes, der mit dem Angriff auf die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba dem kubanischen Volk ein Signal zum Aufstand geben sollte. Am 26. Juli 1953 wollten 135 Männer und Frauen die Kaserne stürmen. Der Versuch scheiterte, machte aber Fidel Castro landesweit bekannt. Die meisten der überlebenden Angreifer wurden zu Freiheitsstrafen verurteilt, Castro als Hauptverantwortlicher zu 15 Jahren Zuchthaus. Seine Verteidigungsrede baute er während der Haft zu einem politischen Manifest aus, das später unter dem Titel des Schlusssatzes »Die Geschichte wird mich freisprechen« im ganzen Land verbreitet wurde. Nach einer Amnestie kam er nach 18 Monaten frei und gründete im Mai 1955 die »Bewegung des 26. Juli«. Dieses Datum des Angriffs auf die Moncada-Kaserne gilt als Beginn der kubanischen Revolution und

ist Nationalfeiertag in Kuba.

Einige Wochen später verließ Fidel Castro mit anderen amnestierten Angreifern Kuba, um in Mexiko den Umsturz in der Heimat vorzubereiten. Während dieser Zeit schloss sich auch der argentinische Arzt Ernesto (Che) Guevara der Bewegung an. Am 26. November 1956 brachen unter Führung von Fidel Castro 82 Revolutionäre an Bord der Yacht »Granma« auf, am 2. Dezember 1956 landeten sie auf Kuba in der heutigen Provinz Granma (auch die Zeitung der Kommunistischen Partei Kubas wurde nach dieser Yacht benannt). Nach ersten Gefechten gelang nur etwa einem Viertel der Truppe der Rückzug in die damals unwegsame Sierra Maestra, von wo aus der Befreiungskrieg gegen das Batista-Regime geführt wurde.

Nach zweijährigem Kampf verkündete Fidel Castro am Abend des 1. Januar 1959 in Santiago de Cuba den Sieg der Revolution.

Bundestagsreport

Agrogentechnik ist riskant und wird nicht gebraucht



Demo in Berlin - »Wir haben es satt!«

Foto: DIE LINKE

In Deutschland wird die Agrogentechnik von der Mehrheit der Bevölkerung (rund 76 Prozent) abgelehnt. Leider ist die Haltung in anderen Mitgliedstaaten der EU weniger eindeutig. Entsprechend ist der Eiertanz in Brüssel: Zulassungsanträge für gentechnisch veränderte Pflanzen (GVO) zum Anbau oder als Lebens- und Futtermittel finden bei Abstimmungen in den zuständigen Ausschüssen regelmäßig keine qualifizierte Mehrheit - weder dagegen noch dafür. Auch, weil sich die Bundesregierung bestenfalls enthält. Damit macht sie aber den Weg zur Zulassung frei, denn so kann die EU-Kommission ersatzweise entscheiden - und dies meist im Sinne der antragstellenden Unternehmen und gegen viele kritische Einwände. So wird aber eine Ausnahmeregel zum Normalfall. Das EU-Parlament sieht damit unter anderem auch seine demokratischen Rechte verletzt.

Im Bundestag könnte natürlich eine Mehrheit beschließen, dass die Bundesregierung die Zulassung neuer GVO ablehnt. Das wäre ein klares Signal. Aber die SPD bleibt in Geiselhaft ihrer Koalition mit der Union. Deshalb: Augen auf bei der nächsten Wahl.

Auch das EU-Zulassungsverfahren könnte uns vor gefährlichen Pflanzen auf dem Acker schützen. In der EU gilt schließlich das Vorsorgeprinzip.

Doch das wird unterlaufen. Es ist nicht wirklich unabhängig und transparent. Wichtige Risiken werden gar nicht erst geprüft, zum Beispiel Langzeitwirkungen, ethische oder moralische Bedenken.

Der Widerstand wächst

Aber der öffentliche Widerstand wächst. Deshalb wurde per Richtlinie am 12. März 2015 mit einer sogenannten »Opt-out«-Regel den Mitgliedstaaten die Möglichkeit eingeräumt, nationale Anbauverbote für GVOs zu erlassen, selbst wenn die Pflanze EU-weit zugelassen wurde. Bisher wurde aber diese Richtlinie nicht in deutsches Recht umgesetzt. Die Forderung der LINKEN ist eine bundeseinheitliche Umsetzung dieses Anbauverbots, damit auch Rechtssicherheit und Rechtsfrieden hergestellt wird. Denn ein Flickenteppich mit unterschiedlichen Regeln

ist angesichts der länderübergreifenden Verarbeitungs- und Handelsströme absurd und warum ein Risiko in einem Bundesland existieren soll, im Nachbarland aber nicht, ist auch nicht nachzuvollziehen.

Bereits im September 2015 hat der Bundesrat einen Vorschlag beschlossen, den die Grünen diese Woche in den Bundestag eingebracht haben, um Druck zu machen.

Mehrheit will Anbauverbot

Der Gesetzentwurf des Landwirtschaftsministeriums (BMEL) ist vor kurzem in die Verbändeanhörung gegangen. Er konterkariert den mehrheitlichen Willen im Bundesrat und - wie die Bundestagsdebatte am Donnerstag zeigte - auch die Forderung einer mitte-linken Mehrheit, die ein bundesweites, einfaches und rechtssicheres Anbauverbot will.

Die Hürden sind so hoch, dass am Ende doch jedes Bundesland einzeln entscheiden und noch dazu »zwingende Gründe« vortragen muss, die in der EU-Richtlinie gar nicht gefordert werden. Wer das so regelt, will eigentlich kein Anbauverbot. »Opt-out-Verhinderungsgesetz« wäre die treffende Bezeichnung.

Dass viele in der Union das wollen, ist nicht neu. Aber die SPD darf da nicht mitmachen, will sie nicht ihre Glaubwürdigkeit beim Thema Agrogentechnik verlieren.

Kirsten Tackmann, MdB

Praktikumsplätze dringend gesucht | Wahlprogramm

2017 in Arbeit

Fortsetzung von Seite 3

die ehrenamtliche Basisarbeit mit einem Grundangebot an Sprachunterricht vor Ort.

Integration lässt sich natürlich am besten vor Ort im gemeinsamen Miteinander realisieren, dazu gehört an erster Stelle die Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen, wenn möglich in einigermaßen zentraler Lage und mit entsprechender Verkehrsanbindung durch öffentliche Verkehrsmittel. Sehr gut funktioniert das zum Beispiel in Rheinsberg. Nach Anerkennung als Flüchtling übernimmt die Familie den Mietvertrag. Da aber kaum noch entsprechende Wohnungen in zentraler Lage zu finden sind, bleiben die anerkannten Flüchtlinge weiter in den

Übergangswohnheimen untergebracht, solange die Plätze nicht gebraucht werden.

Der Landkreis bemüht sich, teure Leerstände auf Grund langfristiger Mietverträge zu reduzieren und entsprechende Verträge laufend auf ihre Notwendigkeit zu prüfen. Natürlich musste auch der Kreis laut Gesetz Übergangswohnheimen und Wohnungen für Asylsuchende errichten und unterhalten, obwohl keiner verlässliche Aussagen über die Entwicklung der Zahlen machen konnte. So wurden zum Beispiel zwei modulare Unterkünfte an der Alt Ruppiner Allee errichtet, aber nur eine ist fertig gestellt und wird genutzt.

Frau Weiß, ich bedanke mich für das Gespräch.

Noch im November erwartet der Parteivorstand der LINKEN viele Hinweise und Vorschläge für die zentrale Erarbeitung des Bundestagswahlprogramms. Wir wollen, so in einem Brief unserer beiden Parteivorsitzenden an alle Mitglieder, »beschreiben, was uns wichtig ist. Wo wir die Probleme in unserer Gesellschaft sehen. Was wir ändern wollen. Welchen Anliegen und Themen DIE LINKE wieder eine starke Stimme im Bundestag geben oder sogar in einer Regierung umsetzen soll.«

Hinweise und Vorschläge an www.die-linke.de/die-linke/wahlen/wahlprogramm-2017. Möglich auch über den Kreisvorstand, Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin.

Haushaltsdebatte begann

LINKE-Forderungen im Planentwurf 2017 enthalten

Der erste Entwurf des städtischen Haushaltes für 2017 wurde während einer Klausurtagung den Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung der Fontanestadt vorgestellt.

Um es vorweg zu sagen: Dieser Entwurf liest sich gut. Nicht nur, dass viele Forderungen der LINKEN aus der Vergangenheit darin Eingang gefunden haben, wie die Schulsanierung der Grundschule »Wilhelm Gentz«, die Sanierung des Hortes in Gildenhall, die eingeplanten Mittel in Höhe von 150.000 Euro für die Ortsteile, die Bereitstellung der Mittel für die sog. freiwilligen Aufgaben (ohne Kürzungen). Das lässt uns optimistisch in die weiteren Haushaltsberatungen gehen. Viele Diskussionen und Gespräche im Vorfeld mit der Verwaltungsspitze haben sicherlich dazu beigetragen, dass sich der Konfliktstoff minimiert hat.

Verbesserungen sind möglich

Trotzdem will DIE LINKE noch um die eine oder andere Verbesserung kämpfen. Der Kulturfonds muss aufgestockt werden. In der Vergangenheit wurden die Gebühren für die Einmietung in die städtischen Kultureinrichtungen erhöht. Beispielsweise müssen Chöre der Fontanestadt und der Musikverein viel Geld aufwenden, um ihr Programm in der Kulturkirche oder dem Stadtgarten aufzuführen. Die bisherigen Fördersummen reichen nicht mehr aus, um mit diesen und

den Eintrittspreisen die Aufwendungen zu decken.

Weiterhin bewegt uns das Problem auf dem Neuruppiner Wohnungsmarkt. Glücklicherweise wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung die Belegungsbindung für einige hundert Wohnungen der NWG verlängert. Das bedeutet, dass auch zukünftig die gleiche Anzahl an Wohnungen zur Verfügung steht, die nur mit einem Wohnberechtigungsschein bezogen werden können (Sozialwohnungen).

Wohnungsneubau reicht nicht

Absehbar ist aber, dass dieses Angebot den Bedarf an sozialem Wohnraum nicht decken wird. Bei der NWG liegen zurzeit mehr als 100 Wohnungsgesuche von Migrantinnen und Migranten vor, die nunmehr ein Recht haben, aus den Sammelunterkünften in Wohnungen zu ziehen. Da das Sozialamt die Wohnungen bezahlt, können das nur Wohnungen sein, deren Mietpreis der dafür vorgesehenen Richtlinie entspricht (eine Nettokaltmiete unter 5,50 Euro pro qm²). Hinzu kommen Bezieher von Hartz IV und Grundsicherungsempfänger. Perspektivisch kommen viele Bezieher von Altersrenten hinzu, die nach der Wende eine unterbrochene Erwerbsbiografie aufweisen und unter dem Absinken des Rentenniveaus leiden werden.

Die NWG steuert dagegen. So sollen



Gentz-Schule: Viele Risse, keine Wärmedämmung
Foto: Jürgen Schubert

in der Friedrich-Engels-Straße Sozialwohnungen entstehen, doch das reicht nicht aus. DIE LINKE wird darum streiten, dass eine Analyse erarbeitet wird, die den zukünftigen Bedarf ermitteln soll.

Bürgerhaushalt

Für einige Diskussionen sorgte der Antrag des Ortsbeirates Alt Ruppin. Dieser fordert, ähnlich wie für die anderen Ortsteile, ein eigenes Budget für investive Maßnahmen. DIE LINKE steht diesem abgeschlossen gegenüber und wird nachträglich darum werben, dass auch Alt Ruppin ein finanzieller Entscheidungsspielraum eingeräumt wird. Wir können uns sehr gut vorstellen, dass dies in der Fontanestadt der erste Schritt hin zu einem Bürgerhaushalt ist.

*Ronny Kretschmer
Fraktionsvorsitzender*

Aus dem Kreisvorstand berichtet

Der Kreisvorstand der LINKEN. OPR hatte in seiner Beratung am 12.10.2016 wieder fast die ganze Vielfalt der Probleme in Kreis und Kreisverband auf der Tagesordnung.

Wie immer, berichtete anfangs Kirsten Tackmann, MdB und Mitglied des Landesvorstandes, knapp und prägnant über einige Schwerpunkte ihrer Bundestags- und Landesvorstandsarbeit. Im Landesvorstand werden gegenwärtig unter Leitung des Landeswahlkampfleiters die Schwerpunkte für das Wahljahr 2017 erarbeitet. Man finde sich hier, nach etlichen Diskussionen, zu Sachlichkeit und Geschlossenheit zurück und organisiere die konkrete Arbeit. Das bezieht sich auch auf das Thema Leitbild Brandenburg und Verwaltungsstrukturreform, worüber

sich der Landesvorstand verständigt hat. Schwerpunkt für die Arbeit ist hier, stets auf die Durchsetzung wirksamer demokratischer Mitbestimmung der Bürger zu achten.

Die Wittstocker Genossen berichteten u.a. von ihrem erfolgreichen Sommerfest, das auch als ein Höhepunkt im Wahlkampfjahr 2017 wieder stattfinden soll. Notwendige Voraussetzung dafür ist allerdings dann eine umfassende Unterstützung durch den Kreisvorstand und den Kreisverband.

In Neuruppin haben sich, so wurde berichtet, die Genossen und die Stadtfraktion wieder mit neuen Beispielen des Übergehens demokratischer Mitsprache der Bürger herumschlagen. Im Gespräch ist der sündhaft teure geplante

Kreiselumbau an der B 167; von der Festlegung von Bauland für neue Häuser haben ca. 28 Kleingärtner erst aus der Zeitung erfahren, dass ihr Boden Bauland werden soll. Zu beiden Problemen haben Kreisvorstand und Stadtvorstand ablehnend Stellung bezogen.

Die Wahlkreisversammlung zur Wahl unserer Bundestagskandidatin Kirsten Tackmann am 5. Oktober in Fretzdorf wurde als eine gelungene Veranstaltung mit guter Stimmung eingeschätzt, die Zusammenarbeit der 3 Kreisvorstände war vielversprechend für die kommende Arbeit.

Der nächste Kreisparteitag wird, so beschloss der Kreisvorstand, am 25. Februar 2017 stattfinden. *ch-*

Ist Putin an allem schuld?

Wer sieht noch durch in dieser komplizierten Welt?

Es gal, was auf der Welt passiert, die Mainstream-Medien haben immer sofort einen Schuldigen parat. Insbesondere die deutschen Medien schließen sich gern und blind den US-amerikanischen Meinungsfabriken an und servieren dem deutschen Publikum deren gemachte Informationen oder gestalten Informationen im vorausseilenden Gehorsam, wie diese es gerne hätten. Warum ist das so? Ich werde versuchen, diese Frage zu beantworten und die Hintergründe zu beleuchten.

Der Präsident der USA, Mister Franklin Roosevelt, hat einmal sinngemäß gesagt: »In der Politik gibt es nichts Plötzliches, nichts Unvorherzusehendes, denn alles ist gewollt und von langer Hand geplant«.

Die USA sind eine Weltmacht und versuchen seit mehr als 100 Jahren, alles zu tun, damit diese Macht erhalten, ausgeweitet und gesichert wird. Diese Macht hat nur ein Ziel, sich von dieser Welt ungestraft das

zu nehmen, damit der Profit der wirklich mächtigen Geldoligarchen der USA nicht versiegt und sich ständig vermehrt. Da das in der Regel aber ein schmutziges Geschäft ist, weil es immer zu Lasten anderer geht, ist man trotz Weltmachtstatus mit viel Aufwand bemüht, sich gesichtsbewahrend darzustellen, damit Verbündete (NATO) zur Stange halten, und der US-Dollar seine Funktion als Welthandelswährung für Rohstoffe und Edelmetalle behält (Erlös aus dem Dollarhandel ist höher, als die gesamten Militärausgaben der USA). Dazu schuf man sich nach dem II. Weltkrieg die CIA und Denkfabriken, die entsprechende Strategien entwickelten und auch praktisch umsetzten.

Historisch gesehen, gibt es für die USA bereits seit etwa 1900 eine immer gültige Machtsicherungsstrategie, so 1. das Erreichen der absoluten Weltmacht (damals noch gegen Großbritannien), 2. die Sicherung der Weltmacht (militärische/geheim-

dienstliche/mediale Stärke) und 3. keine weitere Weltmacht zulassen. Das Motto des alten Römischen Imperiums, »teile und herrsche«, wurde zum Credo der eigenen Politik. In diesem Sinne tat man alles, damit potentielle Staaten, wie sie in Deutschland und Russland gesehen wurden und gesehen werden, nicht zur friedlichen Kooperation gelangen oder sogar ein Bündnis eingehen. Es sollte und soll verhindert werden, dass eine konkurrenzlose neue Weltmacht entstehen kann.

Unter diesem Gesichtspunkt sollte auch einmal der Sinn des I. und II. Weltkriegs betrachtet werden. Hintergründig wurden diese auch von den USA mit vorbereitet. Sie erfüllten den Strategiepunkt 3, mit dem Ziel, dass diese Potenzen sich gegenseitig schwächen oder sich sogar vernichten. Dabei hatte man Goethes Zauberlehrling nicht gekannt oder unterschätzt. In der jüngeren Vergangenheit, nach 1945, als man zur Kenntnis nehmen musste, dass ein starker Gegenspieler, die Sowjetunion, besteht, verschob sich diese Zielstellung in die Zukunft. (wird fortgesetzt) Karl-Heinz Schindler

Mit dem Kopftuch kommen die Vorurteile

Diskussionsrunde zum Burkaverbot im Lothar-Bisky-Haus

Die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Flucht und Migration sowie die LAG Frauen hatten Anfang Oktober zur Debatte »Burka, Niqab, Kopftuch - Bekleidungs-vorschriften im Spannungsfeld von Religion, Emanzipation und Islamophobie« ins Lothar-Bisky-Haus (Haus der Partei DIE LINKE in Potsdam) eingeladen. Andrea Johlige (DIE LINKE), Feride Aktas und Gülhanım Karaduman-Cerkes (beide Sehıtlık-Moschee) bildeten das Podium.

Anlass der Veranstaltung sei, so betonte Andrea Johlige (Sprecherin für Asylpolitik der Fraktion DIE LINKE im Landtag), dass die Debatte um religiöse Bekenntnisse zwar auf Hochtouren läuft, diese aber in der Regel nicht mit den betroffenen Frauen geführt wird. Dabei seien auch in der LINKEN oft Unsicherheiten vorhanden, wie bspw. mit Rufen nach dem Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit oder dem Kopftuch in öffentlichen Verwaltungen umzugehen sei.

Aktas erklärte die Herkunft und den Sinn der verschiedenen Formen der religiösen Bedeckung im Islam. Sie kritisierte, dass die Debatte dabei zu oft von Unwissenheit geprägt sei. Im Mehrheitsislam gäbe es die Vorstellung, dass Gesicht und Hände frei bleiben sollten, daher sei eine Burka in den meisten islamisch geprägten Gebieten nicht gerne gesehen. Natürlich gäbe es

verschiedene Auslegungen des Islams und seiner Glaubensgrundsätze, doch diese seien ebenso im Christentum vorhanden, beispielsweise, wenn es um gleichgeschlechtliche Liebe geht.

Beide Frauen berichteten von den unterschiedlichen Erfahrungen, die sie mit und ohne Kopftuch gehabt haben. Aktas überraschte die Anwesenden damit, dass sie sich bisher noch nicht entschließen könne, den Hidschab (das Kopftuch) stets zu tragen, weil sie dafür noch nicht stark genug sei. Es bedürfe Mut, dies zu tun, und sie hoffe, diesen irgendwann aufzubringen. Die Bedeckung sei für sie ein religiöses Bekenntnis, das sie für sich anstrebe. Beide Frauen waren sich darin einig, dass sie mehr Aufmerksamkeit erhalten und auch mehr Ablehnung erfahren, wenn sie hier in Deutschland eine religiöse Bedeckung tragen. So berichtete Gülhanım Karaduman-Cerkes von vielen Muslimas, die sich bewusst für den Hidschab entschieden haben und dadurch im öffentlichen Raum islamophobe und fremdenfeindliche Kommentare ertragen mussten. Ohne Kopftuch sei es in Deutschland leichter, da nur dann auf einer Augenhöhe mit den Frauen kommuniziert würde. Trage man ein Kopftuch, so Aktas, würde man zudem meist automatisch für einen Flüchtling gehalten, der kein Deutsch

versteht. Auch bei der Jobsuche stelle das Bekenntnis zum Kopftuch ein Hindernis dar. Auf die Frage, wie frauenfeindlich der Islam sei, antworteten beide, es gäbe verschiedene Lebensrealitäten muslimischer Frauen. Jene, die gezwungen würden, Burka oder eine andere religiöse Bedeckung zu tragen - und diese Auswüchse sollten nicht negiert oder ignoriert werden. Unterdrückung und Zwang seien stets abzulehnen. Unterdrückung sei dem Islam nicht inhärent (innewohnend), waren sich die Diskutantinnen einig. Vielmehr seien es tradierte Rollenbilder und eine patriarchische Kultur, die Religion als Rechtfertigung nutze. Männer und Frauen brauchten in erster Linie Bildung und Aufklärung, was ihre Rechte sind und was ihre Religion wirklich bedeutet. Der Islam an sich lehne Zwang aber ab und bewerte Geschlechter gleichwertig.

Der Abend war sehr spannend und es hat sich gezeigt, dass die Entscheidung, in dieser Debatte muslimische Frauen zu Wort kommen zu lassen, völlig richtig war. Das gemeinsame Gespräch hat sicher allen Anwesenden den Horizont erweitert und Verständnis für Frauen im Islam geweckt.

Claudia Sprengel (Kreisverband HVL/ Parteivorstand DIE LINKE, in Zusammenarbeit mit Andrea Johlige, MdL)

In eigener Sache

Liebe Genossinnen und Genossen,
 liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
 liebe Leserinnen und Leser!

Ihr habt gerade wieder die aktuelle Ausgabe unserer Märkischen Linken in der Hand, die seit August 1990 regelmäßig jeden Monat erscheint. Um unsere kleine Zeitung der LINKEN im Kreis OPR in Zukunft noch aktueller und interessanter gestalten zu können, brauchen wir Eure/Ihre Hilfe.

Märkische Linke

Die Redaktion möchte mehr über die aktuelle Situation in den einzelnen Teilen des Kreises OPR und unseres Kreisverbandes berichten, d.h. darüber, was in den Regionen geschieht, was die Menschen bewegt und was verändert werden müsste. Dazu ist es notwendig, dass Ihr/Sie uns das mitteilen.

Hierbei geht es nicht nur darum, über politische Ereignisse zu informieren oder sie anzukündigen, nein - es geht uns auch darum, über das normale Leben, aber auch über die Sorgen und Nöte der Bevölkerung zu schreiben. Und wer Interesse an der direkten Mitarbeit in unserer Redaktion hat, wer selbst »mitmischen« möchte an Inhalt und Gestaltung unserer Zeitung, der ist uns natürlich sehr willkommen!

Interessante Ausstellungen

In der Deutschen Richterakademie Wustrau wurde am 8. November 2016 wieder einmal eine Ausstellung von Werken unserer bekannten Keramikerin Ursula Zänker aus Karwe und mit Arbeiten von Cornelia Felsch eröffnet. Die ansprechenden Kunstwerke sind bis 9. Februar 2017 jeweils mittwochs von 13-16 Uhr im Zieten-schloss zu besichtigen.

In Gnewikow/Kulturscheune auf dem Gutshof ist, jeweils an den Wochenenden (samstags und sonntags von 13-18 Uhr) eine Gemäldeausstellung von Günter Rieger zu sehen. Der viel-

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am	2.12.	Günter Behrendt	Heiligengrabe	zum	87.
Am	3.12.	Hannelore Fiedler	Fehrbellin	zum	70.
Am	5.12.	Ehrentraud Prenzler	Neuruppin	zum	83.
Am	8.12.	Hans-Joachim Seel	Schönberg	zum	66.
Am	13.12.	Walter Taschenberger	Dreetz	zum	83.
Am	14.12.	Franz Hilbert	Rheinsberg	zum	85.
Am	15.12.	Heinz Karwath	Zechlinerhütte	zum	70.
Am	17.12.	Ottmar Breyvogel	Neuruppin	zum	82.
Am	25.12.	Bernd Kummer	Wusterhausen	zum	63.
Am	29.12.	Werner Herzlieb	Neuruppin	zum	86.
Am	29.12.	Christiane Schwarz	Braunsberg	zum	73.
Am	31.12.	Horst Däbel	Wittstock	zum	82.
Am	31.12.	Werner Stolz	Wall	zum	69.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

Wir brauchen Eure/Ihre Unterstützung auch bei der Verteilung unserer Märkischen Linken. Etliche unserer Genossinnen und Genossen und auch von unseren parteilosen Mitstreitern und Bürgern, die über viele Jahre hinweg unsere kleine Zeitung ehrenamtlich im gesamten Kreisgebiet verteilt haben, sind jetzt in ein Alter gekommen (oder aus gesundheitlichen Gründen), wo sie das einfach nicht mehr können. Um Euch/Ihnen aber auch weiterhin monatlich regelmäßig die Märkische Linke zukommen zu lassen, brauchen wir unbedingt »Nachwuchs« für die Verteilung. Wer Lust und Laune hat, monatlich etwas Zeit dafür zu opfern, kann sich an uns, die Redaktion bzw. seine zuständige Geschäftsstelle wenden.

So kann man uns erreichen:

Per Post: DIE LINKE, 16816 Neuruppin, Schinkelstr. 13,
 Redaktion Märkische Linke,

Per E-Mail: kv@dielinke-opr.de oder

telefonisch: 03391/655420 (während der Sprechzeiten)
 oder über die Geschäftsstellen in Kyritz bzw.
 Wittstock (Anschriften/Telefon siehe Kontakte
 auf der Rückseite)

Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift, E-Mail oder Anrufe.

Mit solidarischen Grüßen

Eure Redaktion der Märkischen Linken

seitige Verleger (der neue Kalender 2017 ist u.a. in den Buchhandlungen zu erwerben), Fotograf und Herausgeber unserer vielen kleinen und großen Bücher über Neuruppin und Umgebung, zeigt hier u.a. einige seiner ansprechenden Landschaftsbilder. ch-

NEUER *Weihnachts*MARKT
 EIN WINTERMÄRCHEN IN DER NEURUPPINER ALTSTADT

MIT FREIWILLIGER UNTERSTÜTZUNG VON
 NEURUPPINER ALTSTADT
 DWB HOLDING

Wir bauen ein echtes
XXL Lebkuchenhaus
 außerdem: Märchenfilme, Weihnachtsmann-Sprechstunde,
 Basteleien, Leckereien, schöne Dinge ...

8.-11. Dezember

Hilfe für Kuba

Man liest die Meldungen, sieht die Bilder - was ein Hurrikan aber tatsächlich für die Menschen in der betroffenen Region bedeutet, ist nur schwer fassbar. Hurrikan »Matthew« zog in der Nacht vom 4. zum 5. Oktober mit



Eine Straße in Baracoa nach dem Wirbelsturm »Matthew« Foto: La Demajagua/Kuba

Spitzengeschwindigkeiten von bis zu 300 km/h über den Ostteil Kubas. Viele Familien haben durch »Matthew« ihre Häuser verloren. In der Stadt Baracoa sind rund 90 Prozent der Dächer zerstört oder beschädigt. Zehntausende Menschen müssen sich in den Notunterkünften aufhalten.

In den meisten Medien wird Kuba in

der Berichterstattung über die Auswirkungen des schweren Wirbelsturmes nicht erwähnt. Aber auch in dem sozialistischen Land sind die materiellen Schäden enorm.

Bitte helft mit einer Spende, damit die entstandenen Schäden in unserem Projekt in der Provinz Guantánamo schnell beseitigt werden können. Vielen Dank für Ihre und Eure Unterstützung.

Spenden bitte an:

DIE LINKE/Cuba Si
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10,
BIC: BELADEBEXXX

Verwendungszweck bitte so angeben:

»Milch für Kubas Kinder/Guantánamo«.

Wenn Sie eine Spendenquittung wünschen, bitte in der Überweisung vermerken und Adresse angeben.

Ein interessanter Nachtrag: Trotz der schwierigen Lage im eigenen Land schickt Kuba 38 Mediziner der internationalen Brigade Henry Reeve nach Haiti. Sie werden die 600 bereits dort arbeitenden kubanischen Ärzte bei der Versorgung der Bevölkerung unterstützen.

(Quelle: Aufruf Cuba Si)

Termine

(Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Dienstag, 15.11.16	Beratung der Kreistagsfraktion DIE LINKE. OPR 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch, 16.11.16	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch, 23.11.16	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Donnerstag, 24.11.16	Mitgliederversammlung DIE LINKE. Stadtverband Neuruppin 18.00 Uhr, Neuruppin - Tempelgarten, Neuwahl Stadtverband
Donnerstag, 01.12.16	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Donnerstag, 01.12.16	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Montag, 05.12.16	Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Dienstag, 06.12.16	Weihnachtsfeier RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 18.00 Uhr, Bootshaus Wusterhausen
Dienstag, 06.12.16	Vorweihnachtliche Kaffeestunde der Freundschaftsgesellschaft 15.00 Uhr, Gaststätte Seebad Alt Ruppín, mit Vortrag über Costa Rica
Mittwoch, 07.12.16	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Mittwoch, 14.12.16	Gemeinsame Jahresabschlussfeier Stadtverband Neuruppin 16.30 Uhr, Gaststätte Tempelgarten Neuruppin
Mittwoch, 14.12.16	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Freitag, 16.12.16	Weihnachtsfeier RV DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe 15.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin

V.i.S.d.P.: Paul Schmudlach, E-Mail: kv@dielinke-opr.de

Redaktion: Jürgen Schubert (js, verantw. Redakteur), Christa Horstmann (ch-), Hans-Joachim Müller (hjm), Marco Christian Wiese (MaC), Georg Albrecht (ga)

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«.

Tel.: 030/22774309 Fax: 030/22776308

Funk: 0173/3804592

www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anette Bock**
Tel.: 033971/32857 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo.-Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiter **Paul Schmudlach**
Tel.: 03391/2383
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Die. u. Do. 10.00 - 12.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**
Tel.: 03394/4031363
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Die.-Do. 10.00 - 12.00
Do. 16.00 - 18.00

Margitta Mächtig, Landtagsabgeordnete
Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**
Tel.: 033971/304941
E-Mail: maechtig@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

**DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin
Kreisgeschäftsstelle Neuruppin**
Schinkelstr. 13, Neuruppin
Tel.: 03391/655420 Fax: 03391/655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Hartmut Buschke**
Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Kreisschatzmeister **David Hölker**
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Tel.: 033971/72086 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. 10.00 - 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock
Marktgasse 2, Wittstock
Tel.: 03394/4031363/-64/-65
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Mo. u. Die. 09.00 - 15.30 Uhr
Mi. 09.00 - 12.00 Uhr
Do. 12.00 - 15.00 Uhr

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:

Fr., 02.12.2016

Erscheinungsdatum:

Mi., 14.12.2016